

Freie Wählervereinigung – FWV – Kreistagsfraktion Enzkreis

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2014

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

In diesem Jahr konnten wir das 40-jährige Jubiläum des Enzkreises begehen und ich hatte das Glück, alle 40 Jahre begleiten zu dürfen. Auch persönlich stellt der heutige Tag für mich ein kleines Jubiläum dar, denn heute darf ich zum 25. Mal für die Freie Wählervereinigung die Stellungnahme zum Kreishaushalt abgeben. Interessant ist dabei natürlich auch der Vergleich zum Jahr 1990.

Wir stritten uns damals, ob die Kreisumlage 16 oder 17 Hebesatzpunkte haben soll, was waren das für paradiesische Zahlen. Allerdings gleichen auch viele Themen den heutigen Problemen, so z.B. die Sorge um 3,4 Mio DM Defizit bei den Kliniken oder der Ärger mit Bund und Land im Bereich Asyl und Altenhilfe und andere soziale Schwerpunkte. Nur zur Erinnerung: Der damalige Sozialdezernent hieß Karl Röckinger.

Aber heute liegen all diese Fragen eben in einer ganz anderen Größenordnung. Wir sind uns deshalb durchaus einig, dass die in letzter Zeit fast schon zur Gewohnheit gewordene Steigerung der Verschuldung innerhalb von 5 Jahren auf geplante 34 Mio. € einfach nicht gut ist. Zur besseren Beurteilung sollten wir uns deshalb zuerst die **aktuell wichtigsten Faktoren** im Haushalt ansehen.

Hier schauen wir zunächst einmal auf die **Investitionen**, die allerdings schon seit einiger Zeit kein richtiger Schwerpunkt mehr sind. Nur 9 Mio. € sind heuer für Investitionen geplant, zunächst größtenteils mit Schulden finanziert. Einige Reduzierungen wurden im VWA vorgenommen. Trotzdem fragt es sich: Gibt es darüber hinaus weitere Möglichkeiten der Einsparung?

Ein großer Teil der geplanten Investitionen fließt 2014 mit 4 Mio. € in die Sanierung der **Ferdinand-von-Steinbeis-Schule**. Innerhalb weniger Jahre investieren wir runde **15 Mio Euro** in die Werterhaltung des **Berufsschulzentrums in Mühlacker**. **Gut angelegtes Geld**, wie wir meinen. Denn diese Schulen erfreuen sich eines guten Zulaufs: Insgesamt **1 400 Schülerinnen und Schüler** besuchen derzeit die gewerblichen und die kaufmännischen Schulen in Mühlacker. Auch die erst kürzlich gegründeten beiden beruflichen Gymnasien werden überraschend gut angenommen.

Das Handwerk und unsere Industrie erwarten vom Enzkreis als Schulträger gut vorbereitete Schüler, die den Anforderungen des Berufslebens gut gerüstet entgegen treten können. Mit einem breit angelegten schulischen Angebot erfüllen wir in zeitgemäßen und modern ausgestatteten Räumlichkeiten diese Anforderungen.

Auch die Investitionen bei den **Kreisstraßen** sind mit 2,6 Mio. € keinesfalls üppig, denn davon entfallen über 1 Mio. € auf das dringend notwendige neue Salzlager und die Ersatzbeschaffung von Geräten. Für eigentliche Straßenneubauten sind nur etwas über 1 Mio. € eingeplant. Also läuft der Antrag der Fraktion der Grünen, Straßenneubauten auf 1 Mio. € zu begrenzen, zumindest für 2014 fast ins Leere.

Die Kreisstraßen sind zwar überwiegend gut im Schuss, aber die Anstrengungen müssen kontinuierlich auch im Blick auf die Abschreibungsquote auf dem jetzigen Niveau gehalten werden. Dagegen vernachlässigt das Land sträflich die Unerhaltung. Ein Beispiel unter vielen: Wenn ich aus meinem Dorf raus fahre und nach rechts abbiege, komme ich auf die berühmt-berüchtigte Strecke nach Unterreichenbach. Dort wird schon seit 35 Jahren erfolglos für eine Sanierung gekämpft. Ich frage mich nur, was in dieser Zeit die aufwendigen Reparaturen gekostet haben, wahrscheinlich hätte man eine Sanierung schon zweimal finanzieren können. Biege ich nach links, fahre ich auf einer 300 m langen Strecke nach Engelsbrand, die aussieht, wie ein Spinnennetz. Trotz intensiver Bemühungen heißt aber auch hier die Devise **flicken statt sanieren**, obwohl der Aufwand hierfür in keinem Verhältnis zum Erfolg steht. Oder ist dies gar Taktik des Landes, denn die Kreis-Straßenmeisterei muss so viel flicken, dass schon mehrere Jahre die Pauschale des Landes hierfür nicht mehr ausreicht. Und wer bezahlt es: Wir! Auch da muss sich was ändern. Das Land kritisiert fehlende Mittel des Bundes für die Infrastruktur, wo sind diese aber beim Land?

Ansonsten sind im **Investitionsbereich** die weiteren kleineren Beschaffungen unabdingbar, was bedeutet, dass es außer den bereits vorgenommen Streichungen hier keine Einsparungsmöglichkeit gibt.

Nun zu dem Schwerpunkt **Kliniken**. Wenn die Umbauten in Mühlacker Ende des nächsten Jahres weitgehend abgeschlossen sind, haben wir zusammen mit dem Haus in Neuenbürg zwei modern ausgestattete Kliniken der Grund- und Regelversorgung. Jeweils **sehr hohe Belegungszahlen** beweisen, dass die Kliniken sich eines regen Zuspruchs erfreuen und sie für die medizinische Versorgung unserer Bürger und Bürgerinnen einfach notwendig sind. Dies gilt auch für die geriatrische Rehaklinik in Mühlacker, deren Fortbestand in einer sich demographisch wandelnden Gesellschaft für uns sehr wichtig ist.

2014 ist für Mühlacker geplant, dass ein Linksherz-Katheder-Messplatz eingerichtet wird und dazu weitere Maßnahmen der **Akutkardiologie**, so dass zukünftig eine schnellere Hilfe für **Infarktpatienten** ermöglicht wird. Die Verträge sind endlich unter Dach und Fach: Uns freut, dass eine modern ausgestattete **Radiologie-Praxis** in das Krankenhaus umzieht, wofür gegenwärtig die Umbauten stattfinden. Dies wird wesentlich dazu beitragen, dass wir uns noch besser am Markt behaupten können. Zukünftig wird ein erweitertes medizinisches Angebot vorhanden sein, und nach Plänen des neuen Geschäftsführers wird die Klinik neben Ludwigsburg und Bruchsal zu einem der drei **Ankerhäuser** innerhalb der Holding.

Der Enzkreis hat damit seine Hausaufgaben gemacht, d.h. wir haben unseren Teil dazu beigetragen – auch mit derzeit jährlich finanziell sehr hohen Zuwendungen, – dass unsere Bevölkerung im Krankheitsfall wohnortnah medizinisch bestens versorgt werden kann.

Dies halten wir Freien Wähler für eine wichtige Aufgabe der **kommunalen Selbstverwaltung**. Ebenso sollten aber die Verantwortlichen bei den **Ländern und in der Bundespolitik** ihre Beitragspflicht sehen. Hier erkennt man leider nach wie vor nur sehr zögerlich, dass ein gutes Gesundheitswesen auch viel Geld kostet. Wenn mehr als die Hälfte aller Krankenhäuser rote Zahlen schreibt, dann stimmt etwas am **Finanzierungssystem** nicht. Wir wehren uns dagegen, dass wegen dieser **verfehlten Politik** Patienten leiden müssen, weil nicht mehr genügend Personal zur Betreuung und Pflege zur Verfügung gestellt werden kann. Wir fordern Bund und Land und die Krankenkassen auf, sich deutlich stärker an den Finanzen der kleinen Häuser zu beteiligen.

Wie seit Jahren liegt auch 2014 der absolute Schwerpunkt beim **Sozialetat**. Er ist einmal mehr Ursache des finanziellen Desasters. Freilich ist die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund ab 2014 eine Erleichterung, aber das ist doch auch seine Aufgabe und nicht die der Kommunen. Es gibt ja im Gesamt-Sozialhaushalt trotzdem keine Entlastung, nach wie vor sind 55 Mio. € vom Kreis und damit von den Gemeinden zu tragen. Darin liegt doch unser Haushaltsproblem. Wie soll dies in wirtschaftlich schlechteren Zeiten funktionieren?

Natürlich muss man auch die positiven Seiten sehen, die unzähligen Menschen, welche sich im Netzwerk der sozialen Einrichtungen bzw. ehrenamtlich engagieren, oder die positive Entwicklung des Job-Centers. An eine zunächst positiv aussehende Nachricht kann ich allerdings nicht so richtig glauben. Beim „**Gro-Ko-Deal**“ soll ja der Bund zunächst 1 Mia. €, dann nach Erlass des Gesetzes 5 Mia. € mit dem Bundessteilhabegesetz für **Eingliederungshilfe** bereit stellen. Wir fragen nur, kommt das Gesetz überhaupt und wann, und wird das Geld nicht durch überhöhte Standards wieder aufgeessen?

Im politischen Alltag ist doch zu sehen und zu hören, wie sich die Parteien gegenseitig die Schuld zuschieben und dann auch noch vom schleichenden Sozialabbau sprechen und die Kommunen bleiben dabei die Dummen. Das kann man auch beim jährlichen Haushaltsvergleich feststellen. Zunehmende Fallzahlen und höhere Kosten müssen größtenteils von den Kommunen erbracht werden. Dabei liegt die Leistungssteuerung bei Bund oder Land. Man sieht dies jetzt wieder beim Thema Asyl, die Vorgaben kommen von oben und wir unten erhalten nicht den notwendigen Ausgleich. Da ist einfach keine Koordination.

Der Sozialetat wird also unser Hauptproblem bleiben. Dies sieht man auch bei der Schulsozialarbeit, dabei zeigt doch gerade diese Praxis im Enzkreis die Wichtigkeit und auch den Erfolg. Sie ist wichtiger denn je und liegt wie die Lehrer selbst eigentlich in der Zuständigkeit des Landes.

Im Blick auf die **gesamte Finanzlage** des Kreises ist es zu kurz gegriffen, wenn Herr Landrat Röckinger in seiner Haushaltsrede auf die gute Situation der Städte und Gemeinden hinweist und den Kreis zur Schuldaufnahme gezwungen sieht, während die Gemeinden Gelder in nie gekannter Höhe auf die hohe Kante legen würden. Ja, es gibt diese gut situierten Gemeinden.

Aber es gibt halt auch etliche andere Beispiele, wo Schulden die Rücklagen deutlich überwiegen, sogar Ausgleichsstockgemeinden. Die meisten Gemeinden aber müssen diese Rücklagen im Blick auf erst in ein paar Jahren zu realisierende große Projekte ansammeln. Eine mehrjährige Vorausschau in der Schaffung von Reserven ist nun mal Aufgabe der Gemeinden und diese Eigenmittel gehören ihnen, nicht dem Kreis.

Und dass die Gemeinden schon genug geben, zeigt doch folgende Berechnung: In den vier Haushaltsjahren von 2011 bis 2014 ist der **Schuldenstand** des Kreises um **28,1 %** gestiegen, die **Steuerkraft** der Gemeinden um **34 %**, aber die **Kreisumlage** um **über 47 %**, davon allein 8,2 % von 2013 auf 2014. Sicher nimmt der Kreis ergänzend Aufgaben für die Gemeinden wahr, aber schon dieser Vergleich zeigt, dass das Verhältnis nicht mehr stimmt.

Der Verwaltungsausschuss schlägt mit anerkennenswerter Unterstützung der Kreisverwaltung **Verbesserungen von 3,5 Mio. €** vor mit dem Ziel weniger Darlehen, was auch die Freien Wählern akzeptieren. Auch uns wäre lieber gewesen, die Kreisumlagezahlungen weniger stark anzuheben, wie die FDP dies jetzt beantragt. Aber die letztjährige Begründung der Antragstellerin – damals auch für eine Umlagesenkung -, wonach die Kommunen in einer noch nie dagewesenen Höhe entlastet würden, stimmt halt so nicht, wenn man die steigenden Kosten betrachtet. Deshalb spricht sich die FWV für die Reduzierung der Schuldaufnahmen aus. Aber dies ist auch mit der klaren Forderung verbunden:

Bund und Land müssen den Aufgabenverlagerungen auch finanzielle Taten folgen lassen. Aber leider wird die Verantwortung immer hin und her geschoben, vom Bund zum Land, von Partei zu Partei, die Fehler werden immer bei der anderen Seite gesucht, wie dies täglich aus allen Medien zu entnehmen ist.

In der **Koalitionsvereinbarung** sind zwar einige Ansätze enthalten, z.B. werden 5 Mia. € zusätzlicher Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur in Aussicht gestellt, wo ja auch ein dringender Nachholbedarf besteht. Aber es gibt eben keine konkreten Aussagen für zusätzliche Mittel in der kommunalen Verkehrsfinanzierung oder bei den Kliniken. 6 Mia. € sollen an Länder und Gemeinden für Krippen, Kitas, Schulen und Hochschulen fließen. Aber wir wissen nicht, wie viel hiervon vom Land durchgereicht wird und wann.

Ja, man könnte noch vieles sagen zum Haushalt, z.B. dass auch der um mehrere Hunderttausend € höhere Zuschuss für den Verkehrsverbund eigentlich keine echte Verbesserung bringt. Oder einmal auch positiv, dass die Hindernisse zum Zweckverband für schnelles Internet nun ausgeräumt sind. Oder dass wir bei den Personalkosten tatsächlich im Landesvergleich relativ günstig liegen, wofür wir uns beim **gesamten Personal bedanken** dürfen. Wenn nun aber das neue Landespersonalvertretungsgesetz eine weitere Freistellung für den Personalrat bringt, ist es fragwürdig, dass das Land bei sich selbst keine Ersatz Einstellungen vornimmt. Weshalb sollten wir dann auf Kreisebene zustimmen?

Meine sehr verehrten Damen und Herrn, für mich hat dieser Tag noch eine weitere, eine besondere Bedeutung, denn es war das letzte Mal, dass Sie die Stellungnahme der FWV zum Haushalt von mir gehört haben. Dem nächsten Kreistag werde ich nach 42 Jahren nicht mehr angehören und so war dies mein letzter offizieller Blick auf einen Kreishaushalt. Ich danke Ihnen deshalb nicht nur für die Aufmerksamkeit heute, sondern auch bei den Haushaltsreden der letzten 25 Jahre.

Ich darf Ihnen allen auch im Namen der Fraktionsmitglieder für die Zusammenarbeit danken. Der Dank gilt auch Ihnen, Herr Landrat, allen Dezernenten, der Geschäftsstelle des Kreistags für die perfekte Betreuung und natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung. Wir wünschen Ihnen bei Ihrer immer schwieriger werdenden Arbeit alles Gute.

Die Freie Wählervereinigung wird dem Haushalt zustimmen.

Engelsbrand, 16. Dez. 2013

Frank Kreeb